



Radikaler Islam versus radikaler Anti-Islam

Eine Spirale der Radikalisierung zwischen dem radikalen Islam und dem radikalen Anti-Islam

Cemal Öztürk und Susanne Pickel

November 2024

www.uni-due.de/politik/projekt-rira

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Einleitung

Die Gesellschaft erfährt meistens erst von Radikalisierung, wenn es schon zu spät ist – nämlich dann, wenn radikalisierte Personen oder Gruppen gewalttätig geworden sind. So berichten Medien meist erst nach solchen Taten darüber. Im RIRA-Projekt (<https://www.uni-due.de/politik/projekt-rira>) richten wir unseren Blick auf Rechtsextremismus und Islamismus. Wir stellen fest, dass solche Gruppen in den letzten Jahrzehnten unfassbares menschliches Leid verursacht haben. Beispiele sind Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, der Terror des sogenannten NSU, Halle, Hanau sowie die islamistisch motivierten Anschläge in Städten wie New York, Madrid, London, Paris, Brüssel, Orlando, Nizza, Berlin, Manchester, Barcelona und Wien. Diese Ereignisse stehen sinnbildlich für die Bedrohung, der die offene Gesellschaft durch extremistische Ideologien ausgesetzt ist (Öztürk und Pickel 2024).

Doch so eine Einleitung birgt eine Gefahr: Sie kann dazu führen, dass man die Ursachen der Gewalt nur bei extremistischen Gruppen sucht und übersieht, dass Radikalität und Gewalt nicht im luftleeren Raum entstehen (Schumacher 2020, S. 119). Meist geht Gewalt eine Veränderung von Einstellungen voraus, die sich nicht nur auf extremistische Gruppen beschränkt (Öztürk et al. 2023). In den frühen 1990er-Jahren waren es zwar militante Neonazis, die Asylbewerber*innenheime in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda in Brand setzten, aber sie wurden von Teilen der „ganz normalen“ Bevölkerung unterstützt. Deshalb konnten sich die gewaltbereiten Gruppen als „Vollstrecker eines Mehrheitswillens“ darstellen und handelten im Einklang mit der politischen und medialen Rhetorik, die damals eine Eindämmung der sogenannten „Asylantenflut“ forderte (Dischereit und Kleffner 2022; Öztürk 1994).

Egal wie man es betrachtet: Feindseligkeit gegenüber bestimmten Gruppen, die bis in die Mitte der Gesellschaft reicht, dient als Grundlage für den Aktivismus der autoritären Rechten (Heitmeyer, Freiheit und Sitzer 2020, S. 59). Vorurteile, Hass und Hetze machen auch den Islamismus attraktiver. Die Kluft zwischen den Versprechen der Demokratie und der Realität, in der Ausgrenzung und rassistische Gewalt normal sind, erhöht in europäischen Einwanderungsgesellschaften die Anfälligkeit für islamistische Ideologien (Schuhmacher 2020, S. 120).

Dass Radikalisierung nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum entsteht, zeigt sich auch daran, dass sich radikalisierte Gruppen gegenseitig aufstacheln können. 2020 verhinderte die Polizei die Pläne einer rechtsterroristischen Gruppe, die – nach dem Vorbild des Christchurch-Attentats – mehrere Anschläge auf Moscheen plante. Sie wollten ethnische Konflikte und bürgerkriegsähnliche Zustände provozieren, um das demokratische System zu destabilisieren (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2022, S. 53–54). Ähnliche Strategien und zynische Gedanken kennt man auch vom sogenannten Islamischen Staat (ISIS). Seine Terroranschläge sollten das Misstrauen zwischen Muslim*innen und Nicht-Muslim*innen schüren und rechtsextreme Bewegungen stärken, damit die Ideen eines „antimuslimischen Europas“ und eines „westlichen Krieges gegen den Islam“ leichter geglaubt werden (Turner 2020).

Diese Strategie scheint zu funktionieren: Am Abend vor einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz (2016) legte die Identitäre Bewegung fünf Betonsteine vor dem Brandenburger Tor ab. Darauf stand: „Europäisches Denkmal für die Opfer von Multikulti und islamistischem Terrorismus“. Die Botschaft ist

klar: Die Einwanderung von Muslim*innen wird als Ursache für Terrorismus dargestellt, und völkischer Nationalismus wird als Alternative zu einer pluralistischen Gesellschaft und liberalen Demokratie präsentiert (Fielietz et al. 2018, S. 8). Generell spielt Muslimfeindlichkeit eine Schlüsselrolle für die Erfolge rechts-autoritäre Parteien. Auch dank ihrer islamfeindlichen Positionen und der Verbreitung entsprechender Vorurteile können sie zunehmend in der Mitte der Gesellschaft punkten (Häusler 2017; Kallis 2018; Öztürk und Pickel 2021; Pickel und Öztürk 2022). Diese Dynamiken und Prozesse sind der Ausgangspunkt für Arbeiten, die Begriffe wie kumulative, reziproke oder wechselseitige Radikalisierung nutzen, um die Wechselwirkungen zwischen rechtsextremen und islamistischen Gruppen zu analysieren (Bartlett und Birdwell 2013; Bailey und Edwards 2017; Kiefer und Mücke 2023; Moghaddam 2018; Pickel und Pickel 2023).

Es ist unbestritten, dass die Aktionen der „anderen Seite“ einen Raum bieten, um die eigene politische oder religiöse Ideologie zu verbreiten, Sündenböcke zu präsentieren und die eigene Neigung zu Gewalt zu legitimieren (Fielietz et al. 2018). Trotz aller gegenseitigen Feindseligkeiten haben rechtsextreme und islamistische Radikalisierungsprozesse also Parallelen. In der Konfliktsituation, die sie selbst mitverursacht haben, wird die Identifikation mit der eigenen Gruppe immer stärker, während „die Anderen“ als Bedrohung dargestellt werden. Auf beiden Seiten gibt es politische und religiöse Ideologien, die einen Überlegenheitsanspruch für die eigene Gruppe erheben, wodurch die Fremdgruppe abgewertet wird. Diese Situation schwächt nach und nach die demokratische politische Kultur, denn die Demokratie lebt von der gegenseitigen Anerkennung aller Mitglieder als Freie und Gleiche (Habermas 1996; Schmitz-Vardar 2024).

Wenn die liberale Demokratie nicht mehr als legitim angesehen wird, verlieren auch ihre Regeln an Bedeutung, was den Weg zu Radikalisierung und Gewalt ebnet. Dieser Zustand ist spätestens dann erreicht, wenn Gesetzesbrüche und Gewalt als legitime Mittel zur Durchsetzung der eigenen Überzeugungen angesehen werden. Die Gewalt von Rechtsextremist*innen und Islamist*innen ist dann Wasser auf die Mühlen der Gegenseite und deren Angst- und Opferdiskursen (Moghaddam 2018, S. 35). Das Ergebnis ist – so die zentrale These des RIRA-Projekts – eine zunehmende Polarisierung und ein antagonistischer Konflikt zwischen Gruppen, den wir in dieser Broschüre als Co-Radikalisierung theoretisch und empirisch untersuchen werden.

Dafür nutzen wir die Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al. 2022) und eine Befragung unter Muslim*innen (n = 607), die im Rahmen unseres Projekts entstanden ist. Diese beiden Bevölkerungsumfragen sind die Grundlage, auf der wir drei Fragen kompakt beleuchten werden: (1) Wie ausgeprägt ist das Radikalisierungspotenzial in der deutschen Gesellschaft und innerhalb muslimischer Gemeinschaften? (2) Sind Bedrohungswahrnehmungen durch den Islamismus sowie die Sorge vor rassistischer Diskriminierung und Gewalt unter Muslim*innen – und damit verbundene abgrenzende Identitätskonstruktionen – wichtige Auslöser für Radikalisierungsabsichten? (3) Welche vermittelnde Rolle spielen Überlegenheitsideologien, Feindbilder und demokratiefeindliche Einstellungen in diesen Radikalisierungsprozessen?¹

¹ Eine detailliertere Übersicht über unsere theoretischen Annahmen und empirischen Befunde findet sich in unserem kürzlich in der ZRGP erschienenen Aufsatz „Die Gefahr der Co-Radikalisierung: Wie sich Muslimfeindlichkeit und Islamismus in Deutschland wechselseitig verstärken“ (<https://link.springer.com/article/10.1007/s41682-024-00183-6>).

Radikalisierung – Was ist das eigentlich?

Radikalisierung ist kein eindeutiger Begriff, sondern zwischen Wissenschaft, Verfassungsschutz, Politik und UNESCO umstritten. Es gibt keine einheitliche Definition. Außerdem ist Radikalisierung ein politisch aufgeladener Begriff. Im Alltag wird das Adjektiv „radikal“ oft abwertend für Menschen benutzt, deren politische Ansichten man nicht teilt. Rein von der Wortherkunft her muss Radikalität nichts Negatives sein. So bedeutet radikal eigentlich nur, gesellschaftliche Probleme an der Wurzel zu packen oder packen zu wollen (Vidino 2013, S. 6). Im 19. und 20. Jahrhundert nannten sich Anhänger*innen der Demokratie selbst radikal. Heute ist der Begriff Radikalismus meist negativ besetzt. Er wird mit links- und rechtsextremen Ansichten sowie religiösem Fanatismus verbunden (Abay Gaspar et al. 2018, S. 3). Man verwendet ihn, um Personen und Gruppen zu bezeichnen, die Gewalt als legitimes Mittel ansehen, um ihre Ziele zu erreichen (UNESCO 2017, S. 12).

Eine breitere Definition bieten Abay Gaspar et al. (2018) an. Radikalisierung bedeutet demnach *„das zunehmende Hinterfragen der Legitimität einer bestehenden Ordnung und/oder die wachsende Bereitschaft, die Strukturen dieser Ordnung zu bekämpfen“* (Abay Gaspar et al. 2018, S. 5; Hervorhebung durch die Verfasser*innen). Diese Definition umfasst sowohl Einstellungen als auch Handlungen. Dadurch kann man zwischen Radikalisierung ohne Gewalt, Radikalisierung in die Gewalt und Radikalisierung in der Gewalt unterscheiden (Abay Gaspar et al. 2018, S. 7–15).

Von einer **Radikalisierung in die Gewalt** spricht man, wenn Personen oder Gruppen Gewalt einsetzen, um politische Ziele zu erreichen. Das bedeutet in Demokratien unweigerlich einen Bruch mit dem Gesetz (Abay Gaspar et al. 2018, S. 8). Betrachtet man beispielsweise die Polarisierung zwischen rechtsextremen und islamistischen Gruppen, dann geht es um Handlungsabsichten, mit denen Gesetze überschritten werden, da Gewalt gegen die Gegner der Eigengruppe gerechtfertigt wird (McCauley und Moskalenko 2008, S. 416). Mehr noch: Die beteiligten Gruppen kommen zu dem Schluss, dass Gewalt notwendig und unausweichlich ist, um den gegnerischen Gruppen zu schaden (Moghaddam 2018, S. 35).

Ist dieser Schritt getan, kann es zu einer **Radikalisierung in der Gewalt** kommen. Dazu gehören laut Abay Gaspar et al. (2018, S. 11) der Einsatz extremerer Gewaltformen und die Ausweitung der als legitim angesehenen Ziele dieser Angriffe. Tatsächlich kann eine Radikalisierung in der Gewalt viele Formen annehmen: Sie reicht von aktiver Beteiligung an Gewaltakten bis hin zu Selbstmordattentaten, bei denen der eigene Tod und der Tod von Zivilist*innen in Kauf genommen wird (Kruglanski et al. 2019, S. 57).

Die Radikalisierung in die Gewalt und die Radikalisierung in der Gewalt sind für Sicherheitsbehörden natürlich besonders relevant. Allerdings ist die Gewaltanwendung nur ein Aspekt von Radikalisierungsprozessen und nicht unbedingt ihr Endpunkt. Abay Gaspar et al. (2018, S. 13–15) thematisieren dieses Problem mit der Kategorie der **Radikalisierung ohne Gewalt**. Damit wird betont, dass es Akteure geben kann, die – getrieben durch ihren Hass auf ihre Feinde – die Legitimität der bestehenden Ordnung infrage stellen, jedoch gewaltfrei und innerhalb des Rechtssystems agieren. Diese Unterscheidung zwischen Einstellung und Handlung legt nahe, dass radikale Einstellungen nicht zwangsläufig zu gewalttätigen Handlungen führen müssen (Borum 2011, S. 30). Ob radikale Einstellungen in Gewalt umschlagen oder ob Radikalisierungsprozesse vorher stoppen, ist eine empirische Frage, ohne dass von Automatismen ausgegangen werden kann (Abay Gaspar et al. 2018, S. 13).

Warum radikalisieren sich Menschen und was wissen wir über Radikalisierungsprozesse?

Damit ist aber noch nicht geklärt, warum sich Menschen radikalisieren und wie solche Prozesse ablaufen. In einem ersten Zugriff ist es sinnvoll sich die Pull- und Pushfaktoren zu vergegenwärtigen, die radikale Gruppen für ihre Mitglieder attraktiv machen. Ihre Anziehungskraft basiert natürlich auf mehreren Säulen. Besonders wahrscheinlich ist es, dass neue Unterstützer*innen gebunden werden, wenn die Argumente der Gruppe überzeugend sind und sie ihren Mitgliedern ein Ventil für echte oder vermutete Missstände bieten. Radikale Gruppen geben ihren Mitgliedern auch ein Gefühl der Zugehörigkeit und sozialen Rückhalt, sofern sich diese konform verhalten (UNESCO 2017, S. 13).

Diese Überlegungen haben ihren Eingang in das Drei-Säulen-Modell der Radikalisierung von Kruglanski, Bélanger und Gunaratna (2019) gefunden. Der Ausgangspunkt von Radikalisierung ist in diesem Modell die Erschütterung eines zutiefst menschlichen Bedürfnisses: der Wunsch, bedeutend zu sein, Anerkennung zu finden und Respekt zu genießen (Kruglanski et al. 2019, S. 42). Radikalisierung wird wahrscheinlicher, wenn Menschen oder ihre sozialen Gruppen einen Bedeutungsverlust erleben (Kruglanski et al. 2019, S. 44). Die subjektive Bedrohung des individuellen und sozialen Bedürfnisses nach Bedeutung kann dabei aus Identitätskrisen, Ängsten und Frustrationen resultieren, die durch Erniedrigungen und Anfeindungen entstehen (Kruglanski et al. 2019, S. 57). Entscheidend ist das Bedürfnis von Individuen und Gruppen, ihre soziale Bedeutung (wieder) herzustellen (Need). Ob entsprechende Gruppen dabei auf Gewalt zurückgreifen, hängt wiederum von anderen Faktoren ab. Die entscheidenden Variablen sind hierbei die Rechtfertigung von Gewalt durch entsprechende Gruppennarrative (Narrative) und die logistische Unterstützung innerhalb radikalisierter Netzwerke (Network) (Kruglanski et al. 2019, S. 48–51).

Ein anderes viel beachtetes Modell, das sich noch stärker einer wechselseitigen Radikalisierung widmet, stammt vom Sozialpsychologen Fathali M. Moghaddam (2018). Seiner Meinung nach beginnt Radikalisierung stets mit einer Phase der Gruppenmobilisierung. Kennzeichnend dafür ist eine verstärkte Betonung der Zugehörigkeit zur Eigengruppe, die mit klaren Grenzziehungen gegenüber Fremdgruppen einhergeht. Diese Trennlinien verstärken sich, wenn die Fremdgruppe als Gefahr für die eigene Sicherheit und Identität angesehen wird (Moghaddam 2018, S. 31–32). Auf die erhöhte Betonung der Eigengruppenzugehörigkeit folgt in diesem Modell eine Phase des extremen Gruppenzusammenhalts. Auch hier nimmt die Existenz einer Ideologie, die Gewalt rechtfertigt, eine Schlüsselrolle ein. Ob aus ihr tatsächliche Taten folgen, hängt davon ab, ob die Mitglieder sie verinnerlichen und sich dem Gruppendruck ihrer Umgebung anpassen (Moghaddam 2018, S. 34). Zudem wird betont, dass Feindbilder und die Abwertung der anderen Gruppe entscheidend sind, da Gewalt wahrscheinlicher wird, wenn „die Anderen“ entmenschlicht und als legitimes Ziel von Hass dargestellt werden (Moghaddam 2018, S. 32). Die letzte Phase und der (äußerst selten eintretende) Endpunkt von Radikalisierungsprozessen ist eine antagonistische Identitätsbildung (Moghaddam 2018, S. 34–35). Diese Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass Gesetzesbrüche und Gewalt als Mittel im Kampf gegen den Gegner legitimiert werden (McCauley und Moskalkenko 2008, S. 416). Gewalt wird dann zur unhinterfragten Norm der Eigengruppenidentität (Moghaddam 2018, S. 35). Entsprechende Aktionen bleiben dem verfeindeten Lager natürlich nicht unbeobachtet.

Immer wenn eine Gruppe zu Gewalt greift, stärkt das die Bedeutung der Eigengruppenzugehörigkeit der gegnerischen Gruppe, was im schlimmsten Fall zu einer **wechselseitigen Radikalisierung** führen kann (Moghaddam 2018, S. 35).

In Anlehnung an die Modelle von Kruglanski et al. (2019) und Moghaddam (2018) sehen wir eine verstärkte Betonung der Zugehörigkeit zur eigenen (Wir-)Gruppe, das Verinnerlichen von Ideologien, die Gewalt rechtfertigen, und entmenschlichende Feindbilder als wesentliche Elemente von Radikalisierungsprozessen an. Ergänzend ist zu beachten, dass die Bereitschaft zu radikalen Handlungen immer die Legitimität einer bestehenden Ordnung infrage stellt (Abay Gaspar et al. 2018). Erst wenn das Regelwerk der liberalen Demokratie – besonders ihr Verbot von Gewalt – an Bindungskraft verliert, wird der Weg zur Radikalisierung und Gewalt geebnet. Daher betrachten wir die Bildung von systemfeindlichen Einstellungen als den wichtigsten Vorläufer einer antagonistischen Identitätsbildung (Öztürk und Pickel 2024).

Die Co-Radikalisierungsspirale: Zur wechselseitigen Verstärkung von Muslim-feindlichkeit und Islamismus in Deutschland

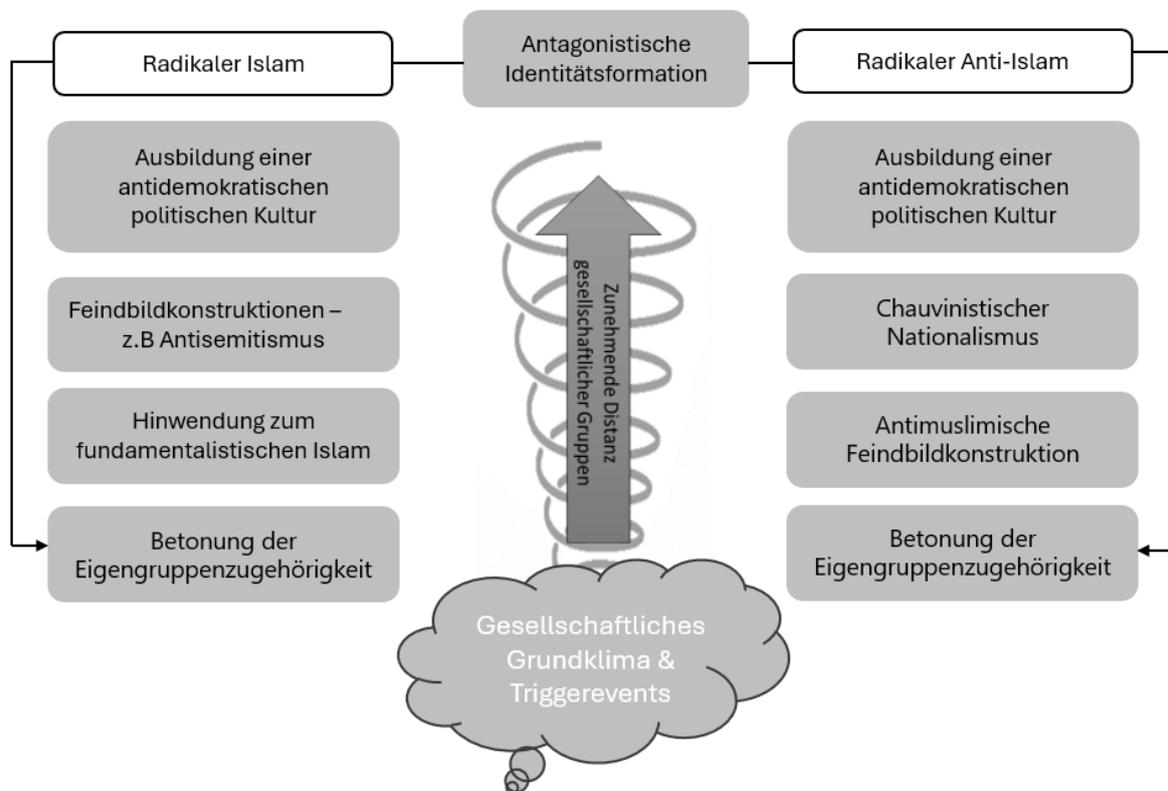
Der Begriff einer antagonistischen Identitätsbildung würde ohne die Existenz sich verschärfender Feindseligkeiten zwischen Gruppen keinen Sinn ergeben. Es spricht jedoch vieles dafür, dass ausgrenzende Identitätskonstruktionen und Bedrohungswahrnehmungen eine Grundlage für antimuslimische Feindbilder sind. Rechts-autoritäre Akteure nutzen zumindest jede Gelegenheit, um Muslim*innen als Kollektiv eine Sympathie für gewaltbereiten Islamismus zu unterstellen und sie als bedrohliche Gruppe darzustellen (Benz 2017; Häusler 2017; Öztürk und Pickel 2021; Pickel und Öztürk 2022). Diese Feindbilder öffnen rechts-autoritären Bewegungen aufgrund der Verbreitung entsprechender Vorurteile den Zugang zur Mitte der Gesellschaft (Häusler 2012) und wirken wie eine Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus (Pickel et al. 2023; Schneider et al. 2021). Der kleinste gemeinsame Nenner rechtsextremer Bewegungen und Parteien ist ein chauvinistischer Nationalismus. Dieser versorgt sie – neben den genannten Feindbildern – mit einer Ideologie, die Gewalt legitimiert. Da der Anspruch auf nationale Überlegenheit mit dem Gleichheitsgrundsatz der Demokratie unvereinbar ist, bildet chauvinistischer Nationalismus eine Basis für systemfeindliche Einstellungen (Schmitz-Vardar 2021). Wenn die Unterstützung für die Demokratie schwindet und Menschen sich autokratischen Systemalternativen zuwenden, verliert das demokratische Regelwerk an Einfluss. Dadurch wird eine antagonistische Identitätsbildung, die auf eine Tolerierung von Gesetzesverstößen und Gewalt hinausläuft, wahrscheinlicher (Öztürk et al. 2023).

Islamistische Radikalisierungsprozesse weisen Ähnlichkeiten auf, haben jedoch ihre eigenen Besonderheiten: Eine verstärkte Betonung der Eigengruppenzugehörigkeit und das Gefühl einer feindlichen bzw. bedrohlichen Umwelt fördern den Rückzug in die eigenen Reihen (Aydin et al. 2010; Verkuyten 2018). Viele Muslim*innen kommen dabei mit Gruppen in Kontakt, die fundamentalistische Auslegungen des Islam verbreiten. Die Attraktivität solcher Gruppen liegt darin, dass sie die Identität ihrer Mitglieder stärken. Sie ermöglichen es ihnen, Diskriminierung und Abwertung gegen Anerkennung einzutauschen (Dalgaard-Nielsen 2010; Kurtenbach et al. 2020). Das Problem fundamentalistischer Gruppen – die es in allen großen Weltreligionen gibt – ist jedoch, dass sie ihre Religion nicht nur als überlegen ansehen, sondern ihre universelle Gültigkeit zuschreiben (Pollack et al. 2023, S. 5). Zudem erfolgt die Stärkung der eigenen Identität oft durch die Abwertung von anderen sozialen Gruppen.

Wie man es dreht und wendet: Fundamentalistische Wortführer*innen präsentieren eine lange Liste von Sündenböcken, die sie für die Probleme ihrer Anhänger*innen verantwortlich machen (Riesebrodt 2000, S. 87–88). Dazu zählen unter anderem Abtrünnige aus

denen eigenen Reihen (Kanol und Michalowski 2022), sexuelle Minderheiten (Schneider, Pickel und Öztürk 2021), Frauen, die sich gegen patriarchalische Normen stellen (Öztürk 2023), sowie Angehörige anderer Religionen (Kanol 2021). Hierbei kommt dem Antisemitismus, der seit dem 20. Jahrhundert zu den zentralen Feindbildern des islamischen Fundamentalismus gehört, jedoch eine Schlüsselrolle zu (Koopmans 2015; Öztürk und Pickel 2022; Pfahl-Traughber 2023). Der Hass gegen Jüd*innen und Juden steht der problematischen Wirkung des chauvinistischen Nationalismus in der Mehrheitsgesellschaft in nichts nach und fördert systemfeindliche Einstellungen, da er mit demokratischen Werten unvereinbar ist (Salzborn 2024). Diese Einstellungen begünstigen auch unter Muslim*innen eine antagonistische Identitätsbildung und machen die Akzeptanz von Gesetzesverstößen und Gewaltbereitschaft wahrscheinlicher.

Abbildung 1: Theoretisches Modell der Co-Radikalisierung



Anmerkung: In der Abbildung wird das theoretische Modell der Co-Radikalisierung zusammengefasst.

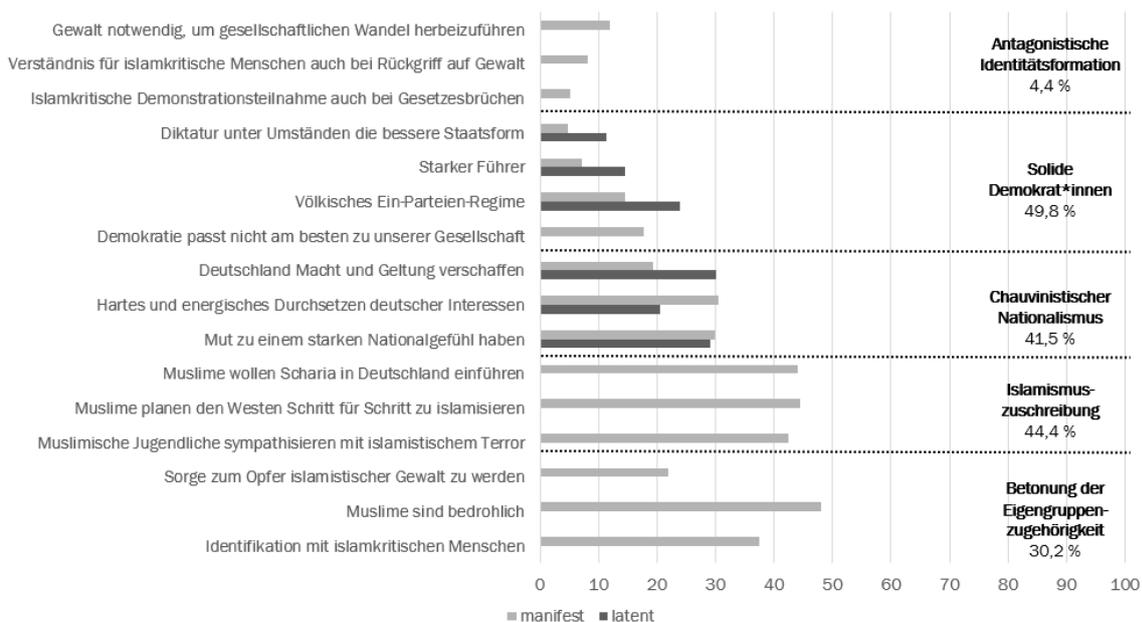
Vieles spricht dafür, dass sich rechtsextreme und islamistische Radikalisierungsprozesse wechselseitig verstärken können. Wann immer einzelne radikalisierte Gruppen aktiv werden, bekommen die Angst- und Viktimisierungsdiskurse der Rechtsextremist*innen und Islamist*innen aus Sicht ihrer Anhänger*innen einen gewissen Realitätsbezug. Es ist auch anzunehmen, dass bestimmte Ereignisse wie Anschläge (z. B. Hanau oder der Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin) ein gesellschaftliches Klima fördern, in dem Bedrohungswahrnehmungen und ausschließende Identitäts- und Feindbildkonstruktionen leichter gedeihen können. Im schlimmsten Fall führen diese Co-Radikalisierungsprozesse zu einem Teufelskreis der Gewalt (Ebner 2017; Moghaddam 2018; Pickel und Pickel 2023).

Die Co-Radikalisierungsspirale im Lichte der Forschungsergebnisse

Dass entsprechende Szenarien keinesfalls aus der Luft gegriffen sind, zeigen unsere Forschungsergebnisse. Um die Toleranz gegenüber Muslim*innen ist es in Deutschland nicht gut bestellt. Fast die Hälfte (48,1%) der Menschen in Deutschland empfindet Muslim*innen als bedrohlich, und ein Viertel (22%) hat Angst, Opfer islamistischer Gewalt zu werden. Dieses Klima der Angst hilft islamfeindlichen Akteuren: 37,5% der Bevölkerung identifizieren sich mit islamkritischen Gruppen. Die verstärkte Betonung der Eigengruppenzugehörigkeit und die Wahrnehmung von Bedrohungen sind zwar keine Mehrheitsmeinung, aber schlussendlich doch sehr weit verbreitet.

Ähnlich ist es mit antimuslimischen Vorurteilen und der Bereitschaft, Muslim*innen als Unterstützer*innen des Islamismus zu stigmatisieren. Ein großer Teil der Bevölkerung sieht keinen Unterschied zwischen Islamist*innen und Muslim*innen: 44,5% glauben, Muslim*innen verfolgen eine Islamisierungsagenda, 44% meinen, sie wollen die Scharia einführen, und 42,4% vermuten Sympathie für islamistischen Terror in ihren Reihen.

Abbildung 2: Prävalenz der Merkmale muslimfeindlicher Radikalisierung



Quelle: Leipziger Autoritarismus-Studien (2022). Anmerkung: Eine manifeste Zustimmung liegt vor, wenn die Befragten eindeutig unterstützende Antworten geben (z.B. stimme eher zu oder stimme voll und ganz zu). Latente Zustimmung hingegen zeigt sich in der Antwortkategorie „stimme teils zu, teils nicht zu“, was bedeutet, dass die Befragten den Aussagen teilweise zustimmen. In der empirischen Analyse werden zur Darstellung der theoretischen Konstrukte additive Indizes verwendet. Die Abbildung zeigt den Anteil der Befragten mit einem konsistenten Antwortverhalten (Werte über 0,50 auf den Skalen). Als solide Demokrat*innen bezeichnen wir jene Befragten, die die Demokratie unterstützen und gleichzeitig autokratische Systemalternativen eindeutig ablehnen. Eigene Darstellung.

Der Rückhalt für chauvinistischen Nationalismus ist etwas geringer. Ein Drittel der Bevölkerung (29,8%) meint, dass wir heute ein stärkeres Nationalgefühl brauchen. Etwa 20% der Menschen befürworten eine energische Durchsetzung deutscher Interessen, und eine ähnliche Anzahl wünscht sich, dass Deutschland nach mehr Macht und Bedeutung strebt. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die klare Zustimmung. Weitere 30% stimmen den Aussagen zumindest teilweise zu.

Das Potenzial für systemfeindliche Überzeugungen in Deutschland sollte man ebenfalls nicht unterschätzen. Es mag beruhigend erscheinen, dass nur 18% der Menschen denken, dass die Demokratie nicht das beste System für unsere Gesellschaft ist. Aber wenn man nur diesen Wert betrachtet, könnte man die Stabilität der Demokratie überschätzen. Man würde übersehen, dass die Sympathie für rechts-autoritäre Alternativen nicht selten ist. Berücksichtigt man sowohl die offene als auch die latente Zustimmung, zeigt sich: 16% der Bevölkerung ziehen unter bestimmten Bedingungen eine Diktatur im nationalen Interesse in Betracht. Zusätzlich wünschen sich 22% einen starken Führer, der das Land mit harter Hand regiert, und 38% möchten eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert. Diese Muster deuten auf eine Diskrepanz zwischen politischer Kultur und politischer Struktur hin. Erstens weisen Begriffe wie „Diktatur im nationalen Interesse“, „starker Führer“ und „Volksgemeinschaft“ auf völkisch-faschistische Motive hin, die historisch mit dem Nationalsozialismus verbunden sind (Decker et al. 2018, S. 74). Zweitens ist die erhebliche Unterstützung für rechts-autoritäre Alternativen ein Warnsignal, wenn man das Konzept der politischen Kultur berücksichtigt (Pickel und Pickel 2016). Laut einer Studie von Larry Diamond (1999, S. 65) ist die Stabilität von Demokratien gefährdet, wenn mehr als 15% der Bevölkerung aktive Antidemokraten sind. Dieser Wert wird überschritten, wenn man den Rückhalt für rechts-autoritäre Alternativen betrachtet (Öztürk et al. 2023).

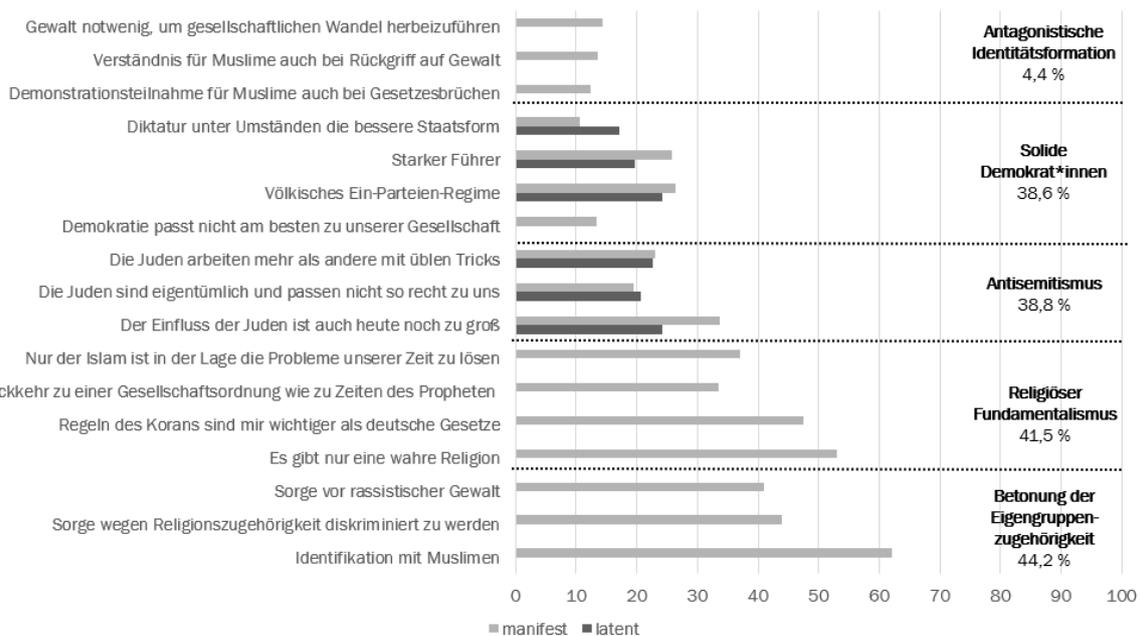
Eine Typologisierung dieser Präferenzen für konkurrierende politischen Ordnungssysteme ermöglicht genauere Aussagen. Wir haben das Antwortverhalten in vier Gruppen unterteilt:

1. Überzeugte Demokrat*innen (49,8%): Sie befürworten die Demokratie und lehnen autoritäre Alternativen ab.
2. Suchende (5,5%): Sie unterstützen weder die Demokratie noch autoritäre Alternativen.
3. Fragile Demokrat*innen (32,4%): Sie unterstützen die Demokratie, können aber autoritären Alternativen etwas abgewinnen.
4. Autokrat*innen (12,4%): Sie lehnen die Demokratie ab und sympathisieren mit autoritären Alternativen.

Obwohl die „überzeugten Demokrat*innen“ die größte Gruppe sind, ist die politische Kultur fragil. Das liegt nicht nur an den „Autokrat*innen“, sondern vor allem am großen Anteil der „fragilen Demokrat*innen“. Die Typologie zeigt, dass sich viele Menschen als Demokrat*innen bezeichnen, aber dennoch antipluralistische oder rechts-autoritäre Vorstellungen haben können (Jasser und Hammer 2021; Öztürk et al. 2023). Dieses Muster deutet auf eine Schwäche der politischen Kultur hin und wirft die Frage auf, wie loyal sich die „fragilen Demokrat*innen“ in Krisenzeiten verhalten werden (Öztürk et al. 2023).

Diese pessimistischen Einschätzungen werden durch den Anteil der Bürger*innen gestützt, deren Antworten auf eine gegnerische Identitätsbildung hindeuten. Obwohl extremistische Positionen selten sind, haben 8% der Bevölkerung Verständnis für islamkritische Gruppen, selbst wenn diese Gewalt anwenden. Weitere 5% sind bereit, Gesetzesbrüche auf islamkritischen Demonstrationen zu tolerieren. Eine gewisse Verrohung zeigt sich auch darin, dass extremistische Verhaltensweisen für eine beträchtliche Minderheit nicht mehr als falsch gelten. Die Meinung, dass Gewalt notwendig ist, um gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, findet derzeit bei 13% der Bevölkerung eine Zustimmung.

Abbildung 3: Prävalenz der Merkmale islamistischer Radikalisierung



Quelle: RIRA-Befragung unter Muslim*innen (2022). Anmerkung: Eine manifeste Zustimmung liegt vor, wenn die Befragten eindeutig unterstützende Antworten geben (z.B. stimme eher zu oder stimme voll und ganz zu). Latente Zustimmung hingegen zeigt sich in der Antwortkategorie „stimme teils zu, teils nicht zu“, was bedeutet, dass die Befragten den Aussagen teilweise zustimmen. In der empirischen Analyse werden zur Darstellung der theoretischen Konstrukte additive Indizes verwendet. Die Abbildung zeigt den Anteil der Befragten mit einem konsistenten Antwortverhalten (Werte über 0,50 auf den Skalen). Als solide Demokrat*innen bezeichnen wir jene Befragten, die die Demokratie unterstützen und gleichzeitig autokratische Systemalternativen eindeutig ablehnen. Eigene Darstellung.

Unter Muslim*innen ist die Bedeutung der Eigengruppenzugehörigkeit noch stärker ausgeprägt: Für 62,1% ist ihre Religionsgemeinschaft ein wichtiger Teil ihrer Identität. Allerdings lässt sich genauso plausibel argumentieren, dass für einen beträchtlichen Teil derjenigen, die sich als Muslim*innen bezeichnen, eine religiöse Identität keine große Rolle spielt. Wahrscheinlich wird die muslimische Identität auch durch die Erwartung von Diskriminierung und Gewalt verstärkt. Vier von zehn Befragten sind besorgt, wegen ihrer Religion diskriminiert (44%) oder Opfer rassistischer Gewalt zu werden (40,9%).

Angesichts dieser Bedrohungsgefühle ist der Rückzug in die eigene religiöse oder ethnische Gemeinschaft eine verständliche Reaktion. Die vorliegenden Daten bestätigen jedoch die Annahme, dass viele Muslim*innen dabei mit fundamentalistischen Varianten des Islam in Kontakt kommen.

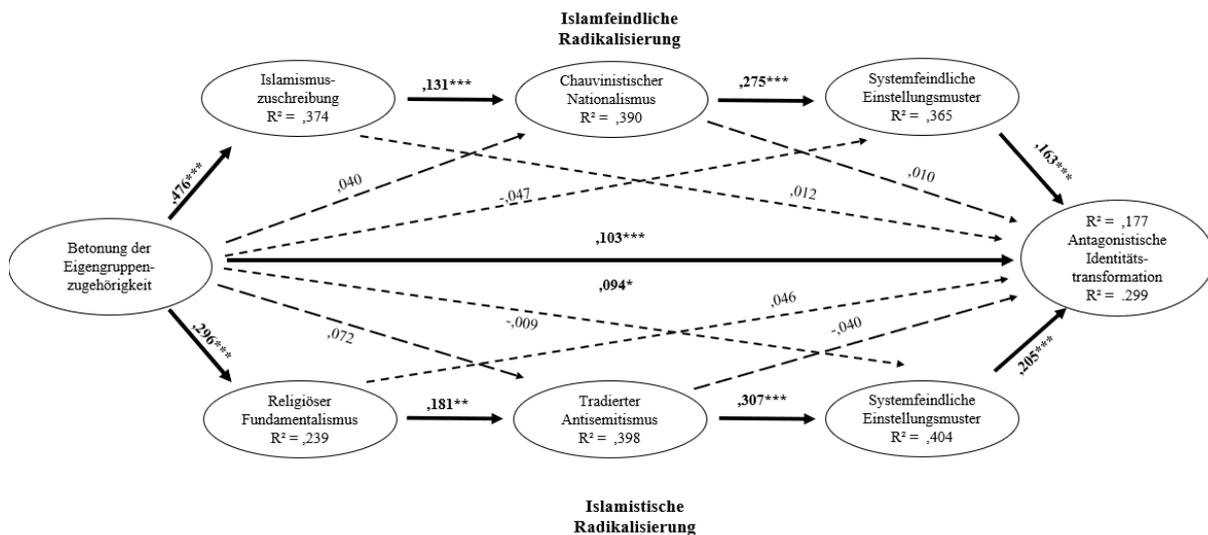
Eine Mehrheit von 53% glaubt, dass es nur eine wahre Religion gibt; 48% stellen die Regeln ihrer Religion über die deutschen Gesetze; 44% wünschen sich eine Rückkehr zu einer Gesellschaft wie zu Zeiten des Propheten; und 37% meinen, dass nur der Islam die Probleme unserer Zeit lösen kann. Insgesamt zeigt sich, dass mehr als ein Drittel der Befragten (41,5%) dazu neigt, diesen Aussagen konsequent zuzustimmen. Das deutet darauf hin, dass religiöser Fundamentalismus unter Muslim*innen kein Randphänomen ist (Heitmeyer, Schröder und Müller 1997; Brettfeld und Wetzels 2007; Koopmans 2015).

Fundamentalistische Gruppen gewinnen, wie bereits angedeutet, auch deshalb an Popularität, weil sie die Probleme der eigenen Gruppe ansprechen und Sündenböcke benennen. Spätestens seit Sayyid Qutbs Schrift „Unser Kampf mit den Juden“ spielen antisemitische Feindbilder dabei eine zentrale Rolle (Jikeli 2015; Kiefer 2006; Tibi 2017; Abb. 3). Unsere Daten lassen Rückschlüsse über die Verbreitung dieser Stereotype unter Muslim*innen zu: Kombiniert man die eindeutigen und partiellen Zustimmungswerte, zeigt sich eine starke Verbreitung antisemitischer Ressentiments. Etwa 57,8% der Befragten empfinden den Einfluss der Jüd*innen und Juden als zu groß, 40,1% unterstellen ihnen, unfaire Mittel zu nutzen, um ihre Ziele zu erreichen, und 55,6% sagen, dass sie Jüd*innen und Juden als eigenartig empfinden, was eine klare Grenzziehung zwischen Eigen- und Fremdgruppe andeutet. Diese Ergebnisse zeigen in aller Deutlichkeit, dass eine Minderheit, die selbst Vorurteilen, Diskriminierung und Hass ausgesetzt ist, nicht davor geschützt ist, eigene Ressentiments zu entwickeln (Fischer und Wetzels 2023; Öztürk und Pickel 2023).

Systemfeindliche Einstellungen sind auch unter Muslim*innen eher selten. Nur etwa jeder Zehnte (13,4%) glaubt, dass die Demokratie nicht das beste politische System für die deutsche Gesellschaft ist. Allerdings wird auch hier das Bild eines starken Glaubens an die Demokratie durch die gleichzeitige Unterstützung autoritärer Systemalternative getrübt. Unter den befragten Muslim*innen ist die Unterstützung für rechts-autoritäre Systeme sogar etwas höher: 45,5% können sich unter bestimmten Bedingungen eine Diktatur vorstellen, 59,8% befürworten einen starken Führer, der das Land mit harter Hand regiert, und fast 66,6% haben keine Einwände gegen eine politische Ordnung, in der eine einzige Partei die Interessen der sogenannten Volksgemeinschaft vertritt. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass überzeugte „Autokrat*innen“ (11,4%) auch unter Muslim*innen eine kleine Gruppe sind. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass „überzeugte Demokrat*innen“ (38,6%) gegenüber den „fragilen Demokrat*innen“ (47,5%) in der Minderheit sind.

Das geringere Vertrauen in die Demokratie, das auch auf Diskriminierungserfahrungen und die Sorge vor rassistischer Gewalt zurückzuführen ist, führt bei den muslimischen Befragten zu einer stärkeren antagonistischen Identitätsbildung. 12,4% schließen nicht aus, an Demonstrationen teilzunehmen, bei denen es zu Gesetzesverstößen kommen könnte; 13,6% zeigen Verständnis für Gruppen, die sich für die Interessen der Muslim*innen einsetzen und dabei Gewalt anwenden; und 14,4% meinen, dass Gewalt notwendig ist, um gesellschaftlichen Wandel zu erreichen. Eine solche antagonistische Identitätsbildung bleibt auch unter Muslim*innen die Ausnahme. Dennoch verbieten die gewaltbereiten Ansichten und Absichten eine verharmlosende Einschätzung des daraus entstehenden Gefahrenpotenzials.

Abbildung 4: Zusammenfassung der empirischen Befunde



Quelle: Leipziger Autoritarismus-Studie (2022) und RIRA-Befragung unter Muslim*innen (2022). Anmerkung: In der Abbildung werden die Ergebnisse von zwei seriellen Mediationsanalysen (Hayes 2022) zusammengefasst. Details können der in der Einleitung erwähnten Studie von Öztürk und Pickel (2024) entnommen werden. * <math><0,05</math>, ** <math><0,01</math>, *** <math><0,001</math>. Eigene Darstellung.

Es gibt starke Wechselwirkungen zwischen diesen Einflussfaktoren. Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft, die sich mit islamkritischen Gruppen identifizieren, Angst vor islamistischen Anschlägen haben und Muslim*innen als bedrohlich empfinden, sind eher bereit, bei Demonstrationen Gesetzesverstöße und Gewalt zu akzeptieren. Sie glauben, dass Gewalt ein legitimes Mittel ist, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Das gilt auch für die Befragten unserer Studie, die sich stark mit der Gruppe der Muslim*innen identifizieren und sich Sorgen machen, wegen ihrer Religion diskriminiert zu werden oder Opfer rassistisch motivierter Gewalt zu sein.

Die subjektive Bedeutung der Eigengruppenzugehörigkeit ist auch indirekt mit der Bildung einer antagonistischen Identität verbunden. Sowohl bei islam- und muslimfeindlichen als auch bei islamistischen Radikalisierungsprozessen ist sie der Ausgangspunkt für Faktoren, die in ihrem Zusammenspiel eine Hinwendung zur Gewalt fördern. In der Mehrheitsgesellschaft sind eine ausgeprägte Eigengruppenzugehörigkeit und das Gefühl der Bedrohung durch Muslim*innen wichtige Faktoren für die Entstehung antimuslimischer Vorurteile. Die pauschale Zuschreibung von Islamismus erhöht die Anfälligkeit für einen chauvinistischen Nationalismus, der zu einer Abkehr von der Demokratie und einer Hinwendung zu rechtsautoritären Systemalternativen führt. Diese systemfeindlichen Einstellungen kommen einer Ablehnung der politischen und rechtlichen Ordnung der Demokratie gleich und treiben dadurch die Bildung einer antagonistischen Identität stark voran.

Ähnliche Mechanismen lassen sich auch in muslimischen Communities beobachten. Hier fördert die Betonung der eigenen Gruppenzugehörigkeit in Kombination mit der Sorge vor Diskriminierung und rassistischer Gewalt eine Hinwendung zu einer fundamentalistischen Auslegung des Islam.

Religiöser Fundamentalismus bildet wiederum eine gewichtige ideologische Grundlage für die Anfälligkeit für tradierte antisemitische Ressentiments, die im Widerspruch zu demokratischen Einstellungen stehen. Auch unter Muslim*innen erhöhen systemfeindliche Einstellungen die Wahrscheinlichkeit einer antagonistischen Identitätsbildung.

Fazit

Die zuvor einzeln beschriebenen Radikalisierungsprozesse sollten auch in ihren gegenseitigen und verstärkenden Beziehungen betrachtet werden. Es gibt viele Hinweise darauf, dass sie sich gegenseitig beeinflussen: Wenn Muslim*innen im Alltag nicht auf Vorurteile und Fremdzuschreibungen stoßen würden und es in den letzten Jahrzehnten keine rassistischen Morde oder rechten Terroranschläge gegeben hätte, wären die Sorgen vor Diskriminierung und rassistischer Gewalt unbegründet. Auch die Opferrollen, die islamistische Akteure betonen, würden unter ihren Anhänger*innen ohne Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus nicht so leicht verfangen.

Umgekehrt gilt das auch für die Bedrohungs- und Angstretorik der extremen Rechten. Ohne die wiederholte islamistische Gewalt und die vielen Terroranschläge würden die Bedrohungsdiskurse gegenüber Muslim*innen und die pauschalen Zuschreibungen von Islamismus ins Leere laufen. Die Datenanalyse zeigt jedoch klar, dass dies nicht der Fall ist. Die Existenz des Islamismus verleiht den von rechtsextremen Akteuren verbreiteten Bedrohungsszenarien aus Sicht vieler Bürger*innen einen gewissen Realitätsgehalt.

So wird eine gegenseitige Radikalisierung angeheizt: Wann immer eine Seite aktiv wird, setzt die andere zu einem Gegenschlag an – und beide können sich als Vertreter*innen einer Mehrheitsmeinung präsentieren, weil ihre Gewalt nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum stattfindet. Natürlich bleiben Gesetzesverstöße und Gewalt das selbstermächtigte Handeln radikalierter Individuen und Gruppen. Dennoch kann man nicht behaupten, dass es keinerlei Überschneidungen zwischen ihnen und den allgemeinen Positionen und Einstellungen ihrer Bezugsgruppen gibt – besonders bei gruppenbezogenen Vorurteilen, Ressentiments und ideologischen Überlegenheitsvorstellungen.

Ob diese antagonistische Identitätsbildung konkret zu Handlungen führt, kann nicht sicher vorausgesagt werden. Man muss bedenken, dass sowohl gewaltbereite Rechtsextremist*innen als auch Islamist*innen heterogene und teilweise konkurrierende Gruppen sind, die in verschiedenen Regionen und Städten ihre Schwerpunkte haben. Trotzdem darf ihre Gewaltbereitschaft nicht verharmlost werden. Eine Mobilisierung dieser verfeindeten Gruppen und ihr Aufeinandertreffen stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, wovon die vergangenen Straßenschlachten zwischen gewaltbereiten Salafist*innen und Hooligans zeugen (Die Welt 2014). Selbst ohne direkte Konfrontation trägt gewaltbereiter Aktivismus dazu bei, die jeweils gegnerische Seite weiter zu radikalieren. Bedrohungs- und Opferdiskurse beider Seiten werden dadurch bestätigt, und Aktionen der einen Seite können zu Gegenreaktionen der anderen führen. Dies kann letztlich eine gegenseitige Radikalisierungsspirale in Gang setzen (Kiefer und Mücke 2023; Pickel und Pickel 2023).

Obwohl die Analysen die These einer gegenseitigen Radikalisierung grundsätzlich unterstützen, erlauben die Ergebnisse der Mediationsanalysen keine kausalen Schlussfolgerungen. Um die angenommene Abfolge immer extremer werdender Einstellungen und deren Auswirkungen auf eine gegensätzliche Identitätsbildung genauer zu prüfen, wären Panelanalysen – also Wiederholungsbefragungen mit den gleichen Teilnehmer*innen – erforderlich. Solche Untersuchungen könnten auch klären, ob die angedeuteten Prozesse der Co-Radikalisierung bestimmten zeitlichen Mustern folgen und ob es Phasen der Eskalation und Deeskalation gibt. Außerdem könnten (Umfrage-)Experimente analysieren, ob Bedrohungswahrnehmungen und die Sorge vor Diskriminierung und rassistischer Gewalt tatsächlich der Einstieg in eine Radikalisierungsdynamik sind.

Unabhängig davon zeigt unsere Querschnittsanalyse bereits, dass zwischen den hier fokussierten Aspekten von Radikalisierungsprozessen sehr starke Zusammenhänge bestehen. Dass ausschließende Identitätsbildung, Bedrohungsgefühle, Ideologien der Ungleichwertigkeit, Feindbilder sowie systemfeindliche Einstellungen ohne Folgen für die Entstehung einer antagonistischen Identität bleiben, kann somit ausgeschlossen werden. Zukünftige Forschungsprojekte sollten a) in Panelstudien Prozesse der Radikalisierung untersuchen und b) stärker als bisher die gegenseitige Verstärkung von Radikalisierungsprozessen berücksichtigen und eine phänomenübergreifende Perspektive einnehmen. Durch die Analyse der komplexen Interaktionen zwischen verschiedenen Formen der Radikalisierung und den gesellschaftlichen Bedingungen, die sie begünstigen, kann – so wäre zu hoffen – ein besseres Verständnis für die Prävention und Intervention in solchen Prozessen gewonnen werden.

Literaturverzeichnis

- Aydin, Nilüfer, Peter Fischer, und Dieter Frey. 2010. Turning to god in the face of ostracism: effects of social exclusion on religiousness. *Personality and Social Psychology Bulletin* 36:742–753.
- Bailey, Gavin, und Phil Edwards. 2017. Rethinking “radicalization”: microradicalisations and reciprocal radicalisation as an intertwined process. *Journal for Deradicalization* 10:255–281.
- Bartlett, Jamie, und Jonathan Birdwell. 2013. Cumulative radicalisation between the far-right and Islamist groups in the UK: a review of evidence. <https://demos.co.uk/wp-content/uploads/files/Demos%20%20Cumulative%20Radicalisation%20%20Nov%202013.pdf>. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- Benz, Wolfgang. 2017. Antiislamische Diskriminierung. In *Handbuch Diskriminierung*, Hrsg. Albert Scherr, Aladin El-Mafaalani, und Yüksel Gökçen, 511–527. Wiesbaden: Springer VS.
- Borum, Randy. 2011. Radicalization into violent extremism I: a review of social science theories. *Journal of Strategic Security* 4:7–36.
- Brettfeld, Katrin, und Peter Wetzels. 2007. Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/WissenschaftPublikationen/muslime-in-deutschland-lang-dik.pdf?__blob=publicationFile&v=4. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.

- Bundesministerium des Innern und für Heimat. 2022. Verfassungsschutzbericht 2022. https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht2022.pdf?__blob=publicationFile&v=9. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- Dalgaard-Nielsen, Anja. 2010. Violent radicalization in europe: what we know and what we do not know. *Studies in Conflict & Terrorism* 33:797–814.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke, und Elmar Brähler. 2018. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Hrsg. Oliver Decker, Elmar Brähler, 65–115. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Aylene Heller, Julia Schuler, und Elmar Brähler. 2022. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?*, Hrsg. Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller, Julia Schuler, und Elmar Brähler, 11–28. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Diamond, Larry. 1999. *Developing democracy: toward consolidation*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Die Welt. 2014. Extremismus: Hooligans wollen Jagd auf Salafisten machen. <https://www.welt.de/sport/fussball/article133257542/Hooligans-wollen-Jagd-auf-Salafisten-machen.html>. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- Dischereit, Esther, und Heike Kleffner. 2022. Vor aller Augen: Pogrome und der untätige Staat. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/505377/vor-aller-augenpogrome-und-der-untaetige-staat/>. Zugegriffen: 3. Mai 2022.
- Ebner, Julia. 2017. *The rage: the vicious circle of Islamist and far-right extremism*. London, New York: I.B. Tauris.
- Fielitz, Maik, Julia Ebner, Jakob Guhl, und Matthias Quent. 2018. Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/idz_islamismus_rechtsextremismus_vielfalt_mediathek.pdf. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- Fischer, Jannik M.K., und Peter Wetzels. 2023. Antisemitismus in Deutschland: Notwendige Differenzierungen in der Migrationsgesellschaft. *Rechtspsychologie* 9:346–383.
- Gaspar, Abay, Hande, Christopher Daase, Nicole Deithoff, und Julian Junk. 2018. Was ist Radikalisierung? Präzisierung eines umstrittenen Begriffes. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/59474/ssoar-2018-abay_gaspar_et_al-Was_ist_Radikalisierung_Prazisierungen_eines.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2018-abay_gaspar_et_al-Was_ist_Radikalisierung_Prazisierungen_eines.pdf. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- Habermas, Jürgen. 1996. *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Häusler, Alexander. 2012. Feindbild Moslem: Türöffner von Rechtsaußen hinein in die Mitte? In *Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich*, Hrsg. Gideon Botsch, Olaf Glöckner, Christoph Kopke, und Michaela Spieker, 169–190. Berlin, Boston: De Gruyter.

- Häusler, Alexander. 2017. AfD, Pegida & Co. Die Formierung einer muslimfeindlichen rechten Bewegung. In *Muslime in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen*, Hrsg. Peter Rauf Ceylan Antes, 59–74. Wiesbaden: Springer VS.
- Hayes, Andrew F. 2022. *Introduction to mediation, moderation, and conditional process analysis. A regression-based approach*. New York: Guilford.
- Heitmeyer, Wilhelm, Helmut Schröder, und Joachim Müller. 1997. *Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm, Manuela Freiheit, und Peter Sitzer. 2020. *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jasser, Greta, und Dominik Hammer. 2021. How authoritarians erode democracy under the guise of defending it. <https://rantt.com/how-authoritarians-erode-democracy-under-the-guise-of-defending-it>. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- Jikeli, Günther. 2015. Antisemitismus unter Muslimen – Debatten, Umfragen, Einflussfaktoren. In *Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft*, Hrsg. Monika SchwarzFriesel, 187–216. Baden-Baden: Nomos.
- Kallis, Aristotle. 2018. The radical right and islamophobia. In *The Oxford handbook of the radical right*, Hrsg. Jens Rydgren, 42–60. Oxford: Oxford University Press.
- Kanol, Eylem. 2021. Explaining unfavorable attitudes toward religious out-groups among three major religions. *Journal for the Scientific Study of Religion* 60:590–610.
- Kanol, Eylem, und Ines Michalowski. 2022. Investigating attitudes toward those who leave religion among christian, jewish, and muslim believers. *Religions* 13:682.
- Kiefer, Michael. 2006. Islamischer, islamistischer oder islamisierter Antisemitismus? *Die Welt des Islams* 46:277–306.
- Kiefer, Michael, und Marvin Mücke. 2023. Radikalisierung und Co-Radikalisierung in islamistischen Kontexten. In *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Oliver Decker, Immo Fritsche, Michael Kiefer, Frank M. Lütze, Riem Spielhaus, und Haci-Halil Uslucan, 75–102. Wiesbaden: Springer VS.
- Koopmans, Ruud. 2015. Religious fundamentalism and hostility against out-groups: a comparison of muslims and christians in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41:33–57.
- Kruglanski, Arie W., Jocelyn J. Belangér, und Rohan Gunaranta. 2019. *The three pillars of radicalization. needs, narratives, and networks*. Oxford: University Press.
- Kurtenbach, Sebastian, Janine Linßer, und Gerrit Weitzel. 2020. Anfällig für Radikalisierung? Einstellungen und Haltungen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Lebenswelten zu den Themen Demokratie, Religion, Diskriminierung und Geschlecht. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/71646/ssoar-2020-kurtenbach_et_al-Anfallig_fur_Radikalisierung_Einstellungen_und.pdf?sequence=1&isAllowed=y&Inkname=ssoar-2020-kurtenbach_et_al-Anfallig_fur_Radikalisierung_Einstellungen_und.pdf. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- McCauley, Clark, und Sophia Moskalenko. 2008. Mechanisms of political radicalization: pathways towards terrorism. *Terrorism and Political Violence* 20:415–433.
- Moghaddam, Fathali M. 2018. *Mutual radicalization. How groups and nations drive each other to extremes*. Washington: American Psychological Association.

- Moskalenko, Sophia, und Clark McCauley. 2009. Measuring political mobilization: the distinction between activism and radicalization. *Terrorism and Political Violence* 21:239–260.
- Öztürk, Cemal. 2023. Revisiting the islam-patriarchy nexus: is religious fundamentalism the central cultural barrier to gender equality? *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 7:173–206.
- Öztürk, Nihat. 1994. Der Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Zwischen Bagatellisierung und hilflosem Aktionismus. In *Gewerkschaft und Einwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz*, Hrsg. Peter Kühne, Nihat Öztürk, und Klaus W. West, 93–122. Köln: Bund-Verlag.
- Öztürk, Cemal, und Gert Pickel. 2021. Eine Stimme gegen die Invasion der Muslim*innen? Zur Bedeutung muslim*innenfeindlicher Einstellungen für die Mobilisierungserfolge und den machtpolitischen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa. In *Populismus an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns*, Hrsg. Wolfgang Muno, Christian Pfeiffer, 61–102. Wiesbaden: Springer VS.
- Öztürk, Cemal, und Gert Pickel. 2022. Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 6:189–231.
- Öztürk, Cemal, und Gert Pickel. 2023. Antisemitismus unter Muslim:innen: Ein Problemfeld potentieller Radikalisierung oder nur ein Instrument rechter Akteure? In *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Oliver Decker, Immo Fritsche, Michael Kiefer, Frank M. Lütze, Riem Spielhaus, und Haci-Halil Uslucan, 351–397. Wiesbaden: Springer VS.
- Öztürk, Cemal, und Susanne Pickel. 2024. Die Gefahr der Co-Radikalisierung: Wie sich Muslimfeindlichkeit und Islamismus in Deutschland wechselseitig verstärken. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*. <https://doi.org/10.1007/s41682-024-00183-6>.
- Öztürk, Cemal, Susanne Pickel, Merve Schmitz-Vardar, Oliver Decker, und Gert Pickel. 2023. Muslim:innenfeindliche Demokratieferne: Zur autoritären Dynamik antimuslimischer Einstellungen und ihrem gesellschaftlichen Radikalisierungspotenzial. In *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Oliver Decker, Immo Fritsche, Michael Kiefer, Frank M. Lütze, Riem Spielhaus, und Haci-Halil Uslucan, 261–291. Wiesbaden: Springer VS.
- Pfahl-Traughber, Armin. 2023. Antisemitismus im Islamismus. Ideengeschichtliche Bedingungsfaktoren, agitatorische Erscheinungsformen und soziale Verankerung. <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36356/antisemitismus-im-islamismus/>. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- Pickel Gert, und Cemal Öztürk. 2022. Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments für die Erfolge des Rechtspopulismus in Europa – konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. In *Islam in Europa. Institutionalisierung und Konflikt* Sonderheft 25 der Sozialen Welt., Hrsg. Monika WohlrabSahr, Levent Tezcan, 303–355. Baden-Baden: Nomos.
- Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2016. Politische Kultur in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Hrsg. Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer, und Gert Pickel, 541–556. Wiesbaden: VS.
- Pickel, Susanne, und Gert Pickel. 2023. Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam: Gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohungen als Triebfaktoren von

- Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen und Post-Adoleszenten. In *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Oliver Decker, Immo Fritsche, Michael Kiefer, Frank M. Lütze, Riem Spielhaus, und Hacı-Halil Uslucan, 1–29. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, Gert, Verena Schneider, und Oliver Decker. 2023. Rechtsextremismus als Endpunkt von Radikalisierung – und Vorurteile in der Bevölkerung als Brückenkonstrukte? In *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Oliver Decker, Immo Fritsche, Michael Kiefer, Frank M. Lütze, Riem Spielhaus, und Hacı-Halil Uslucan, 179–216. Wiesbaden: Springer VS.
- Pollack, Detlef, Sarah Demmrich, und Olaf Müller. 2023. Editorial—Religious fundamentalism: new theoretical and empirical challenges across religions and cultures. *Zeitschrift für Religion, Politik und Gesellschaft* 7:1–11.
- Riesebrodt, Martin. 2000. *Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“*. München: C.H. Beck.
- Salzborn, Samuel. 2024. *Wehrlose Demokratie? Antisemitismus als Bedrohung der politischen Ordnung*. Berlin: Hentrich & Hentrich.
- Schmitz-Vardar, Merve. 2021. Can nationalists be democratic citizens in the age of global migration? Boundaries of political community and their impact on liberal orientation in EU societies. In *Democratic citizenship in flux. Conceptions of citizenship in the light of political and social fragmentation*, Hrsg. Markus Bayer, Oliver Schwarz, und Toralf Stark, 193–218. Bielefeld: transcript.
- Schmitz-Vardar, Merve. 2024. *Politische Kultur als Migrationsforschung. Demokratische Werteorientierungen in europäischen Einwanderungsgesellschaften*. Wiesbaden: VS.
- Schneider, Verena, Gert Pickel, und Cemal Öztürk. 2021. Was bedeutet Religion für Rechtsextremismus? Empirische Befunde zu Verbindungen zwischen Religiosität, Vorurteilen und rechtsextremen Einstellungen. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 5:557–597.
- Schuhmacher, Nils. 2020. „Islamismus“ und „Radikalisierung“ – Was wir wissen (könnten). In *Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus*, Hrsg. Stefan E. Hößl, Jamal Lobna, und Frank Schellenberg, 119–141. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Tibi, Bassam. 2017. Religion, prejudice and annihilation. The case of traditional islamic judeophobia and its transformation into the modern Islamist antisemitism. In *Antisemitism before and since the Holocaust*, Hrsg. Anthony McElligot, Jeffrey Herf, 115–145. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Turner, John. 2020. Manufacturing the jihad in Europe: the islamic state’s strategy. *The International Spectator. Italian Journal of International Affairs* 55:112–125.
- UNESO. 2017. Lehrerhandbuch zur Prävention von gewalttätigem Extremismus. <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000260267>. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.
- Verkuyten, Maykel. 2018. Religious fundamentalism and radicalization among muslim minority youth in Europe. *European Psychologist* 23:21–31.
- Vidino, Lorenzo. 2013. Jihadist radicalization in Switzerland. https://www.files.ethz.ch/isn/172401/CH_radicalization_report.pdf. Zugegriffen: 29. Febr. 2024.